

Adresskommentar

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 4. Juni 1932

Nummer 45

Kampflöge - oder Schicksalsfügung

Einer wirtschaftlichen Krise, wie der heutigen, soll man auch das nötige Versehen entgegenbringen, man soll sie auf ihr Entstehen hin prüfen und daraufhin sachlich und vorurteilsfrei untersuchen, welche Ursachen zu dieser wirtschaftszerstörenden Erscheinung geführt haben. Das Erkennen der Gründe, das tiefere Eindringen in die Geschehnisse vor der beginnenden Entwicklung des großen Wirtschaftsdrames mit den vielen Fehltritten in der Leitung der privaten Großunternehmungen, die in der übernationalisierten Betriebsweise ihren Ausdruck fanden, bildet die Grundlage des Verstehens dieser weltwirtschaftlichen Umwälzung. Fehlinvestitionen großer Kapitale und gewaltige Stilllegungen ganzer Betriebe vervollständigen das Bild. So schwer es ist für den einzelnen, mehr oder weniger Eingeweihten, das tiefe Dunkel dieses Ursachenherdes zu durchdringen und in die mannigfachen Verästelungen und Verflechtungen des Wirtschaftssystems und seiner Vorvorgängen hineinzuweisen — was selbst großen Politikern und Wirtschaftsführern verfallen bleibt —, so ist es doch für jeden denkenden Menschen eine zwingende Pflicht, diesen Gründen nachzugehen. Die gewonnene Einsicht gibt ihm das Recht, strenge Kritik zu üben, denn wer Kritik übt, muß auch die Kenntnis der Ursachen der kritisierten Zustände besitzen, er soll kritisieren — aber sachlich und gerecht. Von den heutigen Gegnern der Republik und Anhängern der neuen Bewegung kann man das allerdings nicht behaupten.

Es ist kein Wunder, daß sich angesichts solcher Zustände, dieser anbetend, entlösen Arbeitslosigkeit, Ermüdung und eine Art Resignation auch in Kollegienkreisen etabliert, die wiederum in einen Pessimismus umzuschlagen droht. Der Pessimismus — das geistige Sehen und Empfinden von Dingen in noch schwärzerem Licht als sie in Wirklichkeit sind — gepaart mit der Hoffnungslosigkeit, daß es doch nicht besser wird, ist der größte Hemmschuh auf dem Gebiet des Fortschritts. Er führt leicht zu dem Glauben, daß die Zustände nun einmal so sein müssen und nicht anders sein können, daß es gewissermaßen eine Schicksalsfügung ist, die man ergeben hinnehmen muß. Dies wäre aber gleichbedeutend — oder läme ihm nahe — mit dem orientalischen Fatalismus, der alles, was ist, ob Glück oder Unglück, als von Gott gegeben betrachtet, dessen Wille unabweisbar ist und gegen den der Mensch ohnmächtig ist. Einen solchen Fatalismus aufkommen lassen, wäre aber das größte Hindernis für die Vertiefung der demokratischen Idee, wenn sie auch zur Zeit in ihrer Weiterentwicklung schwer bedroht ist.

Demgegenüber ist es gut, wenn der Mensch mit einem gewissen Optimismus behaftet ist, d. h. wenn er die Zukunft in etwas rosigerem Licht ansieht, als sie in Wirklichkeit zu werden verspricht. Dieser Optimismus muß aber zielgeleitet sein von einem klaren Erkennen der Dinge, ohne den Blick für die Realitäten des Lebens zu verlieren und ohne sich in das Traumland der Phantasie zu flüchten. Mit diesem Optimismus vermag er leichter trübe Gedanken zu verschleusen, wie überhaupt die Überwindung politischer Schwierigkeiten leichter zu bewältigen ist in der sicheren Hoffnung auf ein Westingen. Der Optimismus ist ein Antriebsmotor zur Erreichung besserer gesellschaftlicher Verhältnisse.

Wenn sich alle Menschen einen sicheren, geraden Blick für politische Ereignisse bewahrt hätten, dann könnten diese Verirrungen in der politischen Konstellation von heute nicht eingetreten sein, dann könnten nicht Millionen von Menschen einem Phantomb nachlaufen, das sich früher oder später als Trugbild erweisen muß. Wenn auch die Not und die Arbeitslosigkeit, die kein Ende nehmen will, sie dazu getrieben hat, so muß sich doch jeder sagen: Wirst du etwas Besseres eintauschen gegen das, was dir die neuen Heilsapostel versprechen? Sind die Versprechungen und Versöhnungen auch von der Wahrheitsliebe und Verwirklichungsmöglichkeit getragen, mit der sie angepriesen werden, oder sind sie nur Stimmenfang zum Zweck einer militär-reaktionären Parteigründung mit der Maske der Arbeiterfreundlichkeit? Man will natürlich einen Ständestaat schaffen im Sinne des vorigen Jahrhunderts, der nur einem kleinen Teil Verordneter, Kapitalisten, Unternehmern, Agrarier usw., Vorteile bringt, der großen Masse aber, die sich zurückzuziehen von den Eisenketten einfangen ließ, Hinabdrückung in die unterste Klasse der Lebenshaltung mit kasernenartiger Speisung und biszipinartiger Dienstunterordnung bringen würde. Trotz dieser

augenscheinlichen Spiegelschere der Zulauf zu diesem unwahrscheinlichen, doppelzungen Parteidogma.

Hat man sich denn noch nicht etwas über die wahren Ursachen der Krise zu orientieren versucht und ist deren Spuren nachgegangen? Man braucht nur einen Blick auf die Vergangenheit zu werfen in ruhiger, objektiver Würdigung der Geschehnisse, und man wird die Antwort finden. Als Begründung der Feindschaft gegen das heutige System gab der Führer der Nationalsozialisten, Hitler, an, daß die neue Regierung nach dem Kriegsende 1918 ein „wohlgeordnetes Staatswesen“ übernommen habe. In 14jähriger Mißwirtschaft hätten die heutigen Machthaber, die „Marxisten“, das Land dahin gebracht, wo es heute ist, und damit die ganze Schuld an den heutigen Zuständen erwirkt.

Dieses wohlgeordnete Staatswesen war in Wirklichkeit ein ausgeplündert, blutleerer Körper, ein durch den viereinhalbjährigen Krieg völlig ausgepörrtes Land. Die provisorische Regierung stand leeren Staatskassen gegenüber und fand eine durch Kohlsüben und Erbschaftsteuer unterernährte Bevölkerung vor. Ordnung mag ja geherrscht haben, aber es war die Ordnung über eine Liquidation. Das war das „wohlgeordnete Staatswesen“. Es ist nun nicht bloß die völlige Entstellung der Wahrheit über die Staatsübernahme, es ist auch die nachfolgende Verdrehung der Tatsachen bezüglich des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, das die ganze Verlogenheit und Schamlosigkeit dieser Leute kennzeichnet.

Es galt, einen in seinen Grundfesten erschütterten Staat neu aufzubauen, zu stützen und ihm ein neues Fundament zu geben. Das war die erste Aufgabe der Regierung. Sie mußte ferner auf Ordnung bedacht sein, denn die aus dem Krieg heimkehrenden Männer fanden meist keine Arbeit, und die vielfachen Taten skrupelloser Elemente verletzten die Bevölkerung in Angst und Schrecken. Diesem Unwesen zu steuern, bedurfte es energischen Zugreifens, bis endlich durch die Schaffung der Weimarer Verfassung dem neuen Staat das gesetzliche Fundament gegeben wurde. All diese grundlegenden Umwälzungen eines Staatswesens waren aber nicht so ohne weiteres zu bewerkstelligen, sie mußten gründlich vorbereitet und erwogen werden, was ein Entfallen ideeller, demokratischer Grundzüge seitens der führenden Personen, verbunden mit einer kolossalen Arbeitskraft, bedeutete. Die ganze Staatsumsetzung war ein Werk von Männern der Arbeiterklasse, die tatkräftig und energisch, soweit es in menschlicher Macht stand, für die Interessen der werktätigen Bevölkerung gekämpft haben. Dies wird von nationalsozialistischer Seite in ungläubiger Verdrehung der Wahrheit abgelehnt. Wo wäre heute das Deutsche Reich, wenn nicht die Vertreter der Arbeiterschaft das Staatsschiff durch alle Wirren und Schicksalsstürme hindurch gelenkt und vor dem drohenden Untergang bewahrt hätten? All diese unbestrittenen Verdienste werden in das Gegenteil umgekehrt.

Die größte Leistung, die die Republik vollbracht hat, ist wohl der Ausbau der Sozialversicherung. Diesem Werk haben wir es zu verdanken, daß heute noch Niemand bei dieser enormen Arbeitslosigkeit herzsüß. Ohne die Verjorgung der Erwerbslosen, wenn sie auch kein ausreichendes Äquivalent für ausgefallene Arbeit darstellt, wären wahrscheinlich schon mehr innere Kämpfe entstanden.

All diese Krisenarbeit, aus der Initiative der Arbeiterschaft hervorgegangen, wird von den Gegnern mit einem Federstrich als Nichts abgetan und für die ganze Krise, die doch hauptsächlich eine Folge der ziellosen Erweiterung der kapitalistischen Einzelunternehmungen, also kapitalistischer Fehlleitungen ist, dem „Marxismus“ die Schuld aufgebürdet. Daß diese Krise sich über die ganze Welt erstreckt, unter der die Siegerstaaten ebenso zu leiden haben, und Deutschland als Kriegsverlierer durch die Zahlung der Kriegskontingente am meisten betroffen ist, das wird natürlich verschwiegen.

Wenn der Kapitalismus überhaupt Rettung bringen kann, so doch nur durch eine Zusammenfassung und ein Zueinanderwirken des internationalen Weltkapitals, was natürlich vorläufig auch nur ein Phantasieprojekt genannt werden könnte.

Aus den Erfahrungen früherer Zeiten geht hervor, daß Krisenüberspannungen immer wieder von Konjunkturperioden abgelöst und neu befruchtet wurden. Allerdings war keine der genannten Krisen annähernd so groß und gewaltig wie die jetzige in ihrem Umfang. Es ist aber als sicher anzunehmen, daß auch diese vorübergeht und einer günstigeren Wirtschaftsepoche Platz macht.

Für den einzelnen, auch in der Kollegenschaft, heißt es, den Blick geradeaus richten, die gerade Linie gehen und der bisher bewährten Taktik der Gewerkschaften, die die Arbeiterschaft in den bewegtesten Zeiten durch Sturm und Drang in die Höhe geführt haben, weiter zu vertrauen. Von diesem Zeitpunkt aus geleitet, innerlich gestärkt, wird es ein Leichtes sein, den Einfüherungen nationalsozialistischer Klopffesther zu begegnen, und es wird auch weiter möglich sein, diejenigen kleinen Teile der Arbeiterschaft, die dieser geistigen Suche schon verfallen waren, wieder zurückzuerobieren.

Berlin.

S. Kt

Durch Rechtskurs zum Sozialkonkurs?

Das Kabinett Brüning ist nicht zuletzt auch deshalb gestürzt worden, weil der Reichsarbeitsminister Stegerwald der Schwerindustrie und den Großagrariern im Weg stand. Von Bedeutung für die Beurteilung des Rechtskurses, der jetzt durch ein Kabinett der Barone eingeleitet werden soll, ist daher vor allem die Befehung des Arbeitsministerpostens. Als Nachfolger Stegerwalds ist infolge definitiver Ablehnung seitens des zunächst vorgesehenen ehemaligen Preiskommissars Dr. Goebel der vor kurzem schon aus dem Kabinett Brünings ausgetretene Professor Dr. Warmbold als Wirtschafts- und Arbeitsminister bestimmt worden. Das heißt: Die Sozialpolitik wird reaktionären Tendenzen im Wirtschaftsministerium ausgeliefert. Das Ziel ist: Abbau der Sozialpolitik, einschneidende Kürzung der Hilfe für Erwerbslose in jeder Form- und Wegfall der Verbindlichkeitsklärung von Schuldprüßen. So demaskiert sich die soziale Reaktion mit Hilfe der Nationalsozialisten, ohne die eine solche Entfesselung aller sozialreaktionären Tendenzen gar nicht möglich wäre.

Die vom Kabinett Brüning vorbereitete Notverordnung dürfte durch Warmbold, vor allem in ihrem sozialpolitischen Teil, ein anderes Gesicht erhalten. Wenn auch die Rechtsprelle bei Ausbruch der Regierungskrise mit großem Tamtam davon sprach, künftig solle nicht mehr mit Notverordnungen regiert werden, so wird auch der Rechtsregierung unter dem Zwang der Verhältnisse gar nichts anderes übrig bleiben, als ebenfalls mit Notverordnungen zu arbeiten.

Warmbold vertritt das Unternehmerprogramm, und das besteht zur Zeit in zwei Hauptpunkten, nämlich in der Befreiung der Verbindlichkeitsklärung und im Abbau des Arbeitslosenentwurfes. Diese beiden Maßnahmen sollen die Durchführung eines neuen verstärkten Lohnrechts ermöglichen. „Entlastung der Produktion“ — das ist die Generalformel der Wirtschaftsetreter bei den Unternehmergruppen. So lange Stegerwald in der Linie dieser Generalformel blieb, d. h. alles auf die eine Karte des Lohnabbaues legte, waren die Unternehmer mit ihm zufrieden. In dem Augenblick, wo er von dieser Generalformel abwich, wurde ihm die Unternehmerfreundschaft gefündigt, und die Krisenmacher haben bereits einen Tag vor der ersten und entscheidenden Aussprache Brünings mit Hindenburg in der Unternehmerpresse ganz offen davon gesprochen, Stegerwald stehe „auf verlorenem Posten“. Sie wußten also längst Bescheid, ein Zeichen, daß es sich bei dem Sturz Brünings um ein wohlvorberichtetes, abgekartetes Spiel gehandelt hat.

Warmbold soll all das durchführen, was die Unternehmer in Stegerwalds Politik vermühten. Und was haben sie vermüht? Die „Berliner Börsenzeitung“ hat es in ihrer jüngsten Kritik an Stegerwald folgendermaßen formuliert: Der Reichsarbeitsminister sehe nicht die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosenunterstützung und den Lohnstarifen. Er dürfe es den Gewerkschaften nicht lassen, daß nur die Aufhebung des Tariflohns, die Wiedergewährung der Berechtigung an jeden einzelnen, da Arbeit anzunehmen, wo und zu welchem Lohn er sie findet, den Weg frei macht zur „Wiedereinführung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess“. Die Arbeitslosenfrage könne nur gelöst werden unter Herstellung der Rentabilität der deutschen Wirtschaft durch deren Befreiung von allen übertriebenen steuerlichen und sozialen Lasten.

Mit andern Worten: die Arbeitslosenfrage soll nach dem Willen der Unternehmergruppen in der Form gelöst werden, daß auf der ganzen Linie alle tarifpolitischen Sicherungen im Lohn und in der Arbeitszeit wegfallen, so daß praktisch die Arbeitenden auf das Niveau der Arbeitslosen heruntergedrückt werden. Keine Sicherung des Arbeitslosenentwurfes

einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der die Verammelten gegen den Abschluß eines Tariffs mit solchen Verschlechterungen protestiert und sehr bebaudet, daß die Verbandsleitung nicht durch Kraftstimmung die Mitglieder über Annahme oder Ablehnung dieser Verschlechterungen befragt habe.

Zudemgehendes e. H. In unserer Versammlung am 13. Mai, die infolge ihrer Wichtigkeit einen besseren Besuch verdient hätte, wurden nach geschäftlichen Mitteilungen vier Kollegen aus der Bezirksabteilung in die Mutterorganisation übernommen, an welche Vorsitzender Meißel mahnende Worte richtete. Leider mußten drei Kollegen wegen Kisten ausgeschloffen werden, trotzdem diese wiederholt aufgefordert worden waren, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Den Bericht von der Bezirksvorstandskonferenz des Gaues Mittelrhein in Mannheim über die Mantel- und Lohn tarifforderungen gab Kollege K o s t. Daraus war zu entnehmen, wie schwierig sich diesmal die Verhandlungen gestalten haben infolge der Unnachgiebigkeit der Prinzipale. Wie Kollege Meißel zu dem Bericht ergänzend bemerkte, habe er in letzter Stunde erfahren, daß 75 Proz. Urlaubsbekämpfung erreicht wurde und ein Kollegebadzug für Lehrlinge bei Schulbesuch nicht erfolgen darf. Die Prinzipale hätten Abstand vom Lohnabbau genommen und der unveränderten Verlängerung des Lohn-tariffs zugestimmt. Etwaige Maßnahmen vor irgendeiner Seite seien abzulehnen, nur zentrale Anordnungen hätten Gültigkeit. In der darauffolgenden Diskussion, an der sich viele Kollegen beteiligten, kam zum Ausdruck, daß man mit dem Erreichen nicht zufrieden ist. Die Resolution der Bezirksvorstandskonferenz wurde mit einer Abänderung einstimmig angenommen und dem Verbandsvorstand zugestellt. Im Rahmenbericht über das erste Quartal, erstattet vom Kollegen G e i g e r, wurde festgestellt, daß trotz der hohen Ausgaben ein kleiner Überschuß zu verzeichnen sei. Es steht in Aussicht, ein Büro im heiligen Gewerbefortschritt zu erhalten. Kollege S i ß gab den Kartellbericht, in dem er hauptsächlich die Ermächtigung der Bürgerwehre durch Verhandlungen des Ortsausführesses und des V. V. M. mit dem Bürgermeister erwähnte; auch eine Vergünstigung für Krisenunterstützungspfleger wurde erreicht. Anfragen und Auskunft seien bei den zuständigen Stellen jederzeit zu erhalten. Kollege M o s e r bat, den Gesangverein „Gutenbergs“ gesanglich und finanziell zu unterstützen, da dieser ja die Kollegialität am meisten fördert. Kollege R e n z machte Propaganda für den Arbeiter-Radioklub; man möge den „Hörsinn“ bestellen. — Eine Verammlung der Vertrauensleute und Betriebsvertretungen am 20. Mai beschäftigte sich mit den nun getroffenen Abmachungen über den Mantel- und Lohn-tarif. Nach eingehendem Bericht des Kollegen K o s t über eine neuerlich abgeschaltene Bezirksvorstandskonferenz des Gaues Mittelrhein, in dem er nochmals die Abänderungen der einzelnen Paragrafen beleuchtete, setzte eine rege Aussprache ein. Ihr Verlauf zeigte, daß die Abmachungen nicht befriedigen, besonders die verlorene Urlaubsbegahlung. Die schwere Arbeit unsrer Unterhändler bei den langwierigen Verhandlungen wurde nicht in Zweifel gezogen. Es kam einstimmig zum Ausdruck, daß die Prinzipale die schwere wirtschaftliche Notlage der Gehilfenhaft zu ihren Gunsten auszunutzen verstanden hätten. Man gibt sich jedoch der Hoffnung hin, daß die stillen Unternehmer bessere Einsicht walten lassen und den Fertigkeitlohn voll zur Auszahlung bringen werden. Im übrigen wurden die Abmachungen grundsätzlich abgelehnt. Nur aus gewerkschaftlicher Disziplin folge man den Anweisungen der Verbandsorgane.

Wann, in unserer zu beendigten Versammlung am 24. Mai berichtete nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen Vorsitzender W e r t h über die beiden in Mannheim abgeschaltene Bezirksvorstandskonferenzen, die sich in der Hauptsache mit der gegenwärtigen tariflichen Lage und der neuen tariflichen Vereinbarung beschäftigten. In der scharfen, aber sachlichen Aussprache kam von allen Rednern zum Ausdruck, daß auf der ganzen Linie nur Verschlechterungen zu verzeichnen seien. Es müsse nun endlich mit dem Zurückweichen ein Ende haben. Unsere Vertreter hätten besser getan, den Schiedsspruch verbindlich erklären zu lassen, als einer solchen „Vereinbarung“ ihre Zustimmung zu geben. (?) Auch einem Kampf hätte man nicht ausweichen dürfen, denn die Opfer, die die Arbeiterhaft bis jetzt schon auf sich genommen, seien kaum mehr zu ertragen. Von mehreren vorliegenden Entschließungen wurde nachstehende einstimmig angenommen: Die am 24. Mai 1932 tagende Bezirksversammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die neuerlichen ungeheuerlichen Verschlechterungen des Mantel-tariffs durch die sogenannte „Vereinbarung“ vom 14. Mai, die nichts andres darstellt, als eine verheerendere Annahme des zuerst gestellten Schiedsspruchs, dessen Verbindlichkeitsklärung vom Reichsarbeitsminister abgelehnt wurde. Die Versammelten gebauere, daß die durch die Nichtverbindlichkeitsklärung geschaffene Lage nicht dazu benutzt wurde, um den Unternehmern unsres Gewerbes ein „Bis hierher und nicht weiter“ entgegenzuhalten, d. h. es auf die Wuchprobe ankommen zu lassen. Die Versammlung verlangt, daß bei derart wichtigen, die Interessen der Allgemeinheit schwer betreffenden Fragen unter allen Umständen eine Befragung der Mitglieder durch Kraftstimmung stattzufinden hat. Den Schlichtern sowohl als unsern Unternehmern muß endlich klargemacht werden, daß man der Arbeiterhaft nicht alles zumuten kann. Da an der nunmehr zustande gekommenen Vereinbarung sich leider kaum noch etwas ändern lassen wird, verlangen die Versammelten, daß die von der Organisation aufgestellten und befristeten Kollegen nun auch ihrerseits ihre Bereitwilligkeit, mit der Allgemeinheit an einem Strang zu ziehen, dadurch bekunden, daß sie zu gunsten unsrer arbeitslosen Kollegen während des Jahres 1932 auf 25 Proz. ihres Gehalts verzichten. Im übrigen muß unter allen Umständen gefordert werden, daß die Bezahlung unsrer Angestellten auf einen Betrag herabgesetzt wird, der sich mit der jeweiligen Mietezeit unsrer Mitglieder vereinbaren läßt. Außerdem verlangt die Versammlung auf schnellstem Weg die Einberufung eines Gantags, auf dem über die Richtlinien für die kommenden Lohn-verhandlungen zu sprechen sein wird.“

Anmerkung der Schriftleitung: Dazu wäre zu bemerken, daß nach dem Verbandsratsbeschluss vom 1929 (Frankfurt a. M.) die Gehälter aller Verbandsangestellten

bisher stets um den gleichen Prozentsatz gesenkt worden sind, der sich auch für die Kollegenschaft aus den bisherigen tariflichen Veränderungen ergeben hat. Außerdem wurden schon lange vor der ersten tariflichen Lösungsfunktion von allen Verbandsangestellten über die allgemeinen Notstandsbeiträge erheblich hinausgehende Sonderbeiträge zugunsten der Arbeitslosen an die Verbandskasse geleistet. Zu allen an diesen Lastenfall vorübergehenden Behauptungen und Überreibungen wird der nächste Verbandstag sicher richtig und gerecht urteilend Stellung nehmen. Auch die durch die jegliche Verlängerung des Mantel- und Lohn-tariffs für die Kollegenschaft in Betracht kommende Kürzung des Urlaubslohns wird für die volle Feriendauer von den Verbandsangestellten zugunsten der Verbandskasse freiwillig getragen, obwohl gerade die jüngste Vergangenheit und die bittere Gegenwart an alle Angestellten in der Arbeiterbewegung außerordentliche persönliche, geistige und seelische Anforderungen gestellt haben.

Trier. Am 2. Juni versammelte am 8. Mai hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Der Punkt „Geschäftliches“ nahm nur kurze Zeit in Anspruch. Die vorgesehene Aufnahme eines Kollegen konnte nicht vollzogen werden, da dieser nicht erschienen war. Kollege L e i l - m a n n als Kassierer rügte den späten Eingang der Beiträge. Bezugnehmend darauf setzte eine lebhaft Diskussions ein, und es wurde der Beschluß gefaßt, in Zukunft rück-sichtslos zu verfahren. Bei verschiedenen Kollegen ist es Tradition geworden, auf der Rekanstante zu stehen. Den Rekanstanten wird eine achtstägige Erklärungspflicht zugestimmt, wonach sie aufgefordert werden, ihre Pflichten gegenüber der Organisation zu erfüllen, widrigenfalls sie bis zum 10. Juni dem Ausschluß verfallen. Der Rahmenbericht, der in gedruckter Form vorlag, fand einstimmige Aufnahme. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Kollege L e i l m a n n machte den Vorschlag, den Ausgesteuerten, die keine Bezüge mehr erhalten, eine einmalige Gattische zu gewähren, und zwar den Verheirateten 5 M., und den Ledigen 3 M. Dieser Vorschlag wurde zum Antrag erhoben und einstimmig angenommen. Die vom Bezirk Düsseldorf ersuchte Unterstützung seines Antrags auf Einberufung eines außerordentlichen Gantags wurde abgelehnt. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß der nächste Gantag vor dem Verbandstag stattzufinden hat. Unter Punkt „Beschlusses“ wurde mitgeteilt, daß die hiesige Firma Schaar & Datsche einen Stilllegungsantrag bei der Regierung gestellt hat. Die Lage der Firma wurde näher beleuchtet; sie will veräußern, größere Aufträge nach außerhalb zu vergeben und die Kleinarbeiten mit Verbringern herstellen. In dieser Ungenuegenheit sind die nötigen Schritte bereits getroffen worden. Funktionäre und Betriebsobleute werden ein wachsameres Auge auf den genannten Betrieb richten.

Allgemeine Rundschau

Mag Gabriel, 7. Wie uns eine Trauerbotschaft aus Halle a. d. Saale fundete, ist dort am 31. Mai der langjährige frühere Verwalter des Gaues An der Saale, Kollege Gabriel, im 69. Lebensjahre infolge Herzschlages plötzlich und unerwartet verstorben. Jahrelang hat er sein ganzes Wissen und Können als ehemaliger Gewandfabriker und späterer Verwalter in den Dienst des Gaues und damit auch der Gesamtorganisation gestellt. Vorbildlich waren sein Arbeitseifer, seine Kameradschaftlichkeit und Treue. Alles Gesprächsvolte lag dem Wesen unsres verstorbenen Freundes fern, immer war er der bescheldene, stille, in ehrenamtlicher sowohl wie in amtlicher Tätigkeit nur der Sache dienende Funktionär und Kollege. Als solcher wird Mag Gabriel bei allen, die ihn näher kannten, insbesondere aber bei den Mitgliedern des Saalegaues, in ehren-dem Gedächtnis fortleben.

Weisterprüfung. Vor der Handwerkskammer Harburg-Wilhelmsburg bestand der Seherfolge Willi W e i s - b a c h aus Buxtehude die Weisterprüfung.

Wochenendkurs für Buchdrucker. Am Sonntag, dem 5. Juni, finden, wie zusammenfassend schon in voriger Nummer mitgeteilt, in Halle (Saale) und in Torgau ein Werkbezirks-Wochenendkurs des Kreises Leipzig im Bildungsbereich der Deutschen Buchdrucker statt, die die regste Unterstützung aller Gehilfen und Lehrlinge der genannten Orte verdienen. An Referaten sind vorgelesen in Halle: „Technische Probleme“ (Georg W i l h e l m B e r l i n), „Mitteldeutsches Industriegebiet“ (Karl Wunder [Merzbürg]), „Jugend im Kampf um ihren Beruf“ (Seinrich G r o t e [Leipzig]). In Torgau werden folgende Referate gehalten: „Männer und Frauen lernen reden“ (Professor Dr. Rie-mann [Leipzig]), „Technik im graphischen Gewerbe“ (Ge-werbedirektor Kupfer [Leipzig]), „Jugend im Kampf um ihren Beruf“ (Waldemar M e i n e r [Leipzig]). An den Sonnabenden vor den Kursen finden in allen Orts-gruppen des Kreises besondere Vorträge statt. Zu sämt-lichen Veranstaltungen sind alle Sparten, Verbringungs-abteilungen und alle Verbandskollegen freundlichst eingeladen. Den Vorträgen schließen sich Befestigungen von Sebens-würdigkeiten und Druckmaschinenstellungen und kollegiales Beisammensein an.

Zur Weltwirtschaftslage. Ein Berliner Kollege erhielt dieser Tage einen längeren Brief vom seinem seit langen Jahren in Genf etablierten Vorkollegen, in dem dieser auch auf die allgemeine Wirtschaftslage kommt und u. a. schreibt: „Die Arbeitslosigkeit ist nun auf beinahe ein gekehrt; hat sie auch noch nicht das Maß erreicht, das sie bei Euch angenommen hat, so merkt man doch in allen Kreisen, in allen Berufen, daß die Krise da ist. Das Bau-handwerk geht noch so ziemlich, da hier viele Umwälzungen in dieser Beziehung vorgenommen werden, aber Ab-madererei und Goldschmiedekunst, die früher hier in Blüte standen, sind unbeschäftigt. Alles, was Luxusartikel fabri-ziert, steht still. Luxusgraveure, die in den Jahren 1928 bis 1929 noch ihre 30 Arbeiter beschäftigten, beschäftigen heute drei, und dann nur einen halben Tag. In der Buchdrucker-zeitschrift wird auch, daß die meisten Gewerbe nicht voll arbeiten, denn die bestellten Druckarbeiten und kollegiales Beisammensein an.“

der Krise gestützt und dadurch mehr zur Vernunft gebracht sein werden.“ Diese Zukunftsaussicht hat durch die neue Regierungskonstellation in Deutschland leider nur geringe Erfüllungsmöglichkeit.

Zum Tode Professor Hertners. Mit Professor Hertner, der kürzlich in Berlin verstorben ist, ist ein echter Sozial-politiker alter Schule zu Grabe getragen worden. Hertner war ein Jünger Brentanos. Mit ungewöhnlichem Fleiß ging er daran, die sozialen Verhältnisse in der Frühzeit der deutschen Industrie zu studieren. Wegen einer von Brentano veranlaßten Proshüre „Die obersteinstische Baumwollindustrie und ihre Arbeiter“ ist es einmal zu einem großen Streit gekommen. Diese Proshüre, die gegen die damalige Politik im Elsaß verfiel, hatte den Abschied Brentanos von der Straßburger Universität zur Folge. Neben Brentano hat Professor Hertner im Verein für Sozialpolitik eine große Rolle gespielt. Sein bedeutungsvolles Buch „Die Arbeiterfrage“, das im Jahre 1894 erschien, hat berechtigtes Aufsehen im In- und Ausland erregt. Vor allem deshalb, weil hier ein Gelehrter von Ruf sich positiv zur Sozialpolitik einstellte und namentlich den Gewerkschaften Gerechtigkeit angedeihen ließ. Das Buch ist mehr-fach überföhrt worden und galt als ein Standardwerk der Sozialpolitik. In der Nachkriegszeit hat Professor Hertner eine Schenkung vollzogen. Er hand in dieser Beziehung unter den bürgerlichen Sozialpolitikern nicht allein. Als die Arbeiterklasse infolge der Umwälzung in die Lage kam, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen und die Sozial-politik nach eigenem Wunsch zu formen, da wandten sich auch gute Freunde von ihm ab. Trotzdem ist Hertner nicht wie manche andere zu den Reaktionen hinfühergegangen, sondern ein bürgerlicher Demotrat geblieben. Seit 1920 hat er im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschafts-rats fleißig mitgearbeitet. In einer Zeit, als die Arbeiter-bewegung noch ganz allein stand, hatte Hertner den Mut, offen für sie einzutreten und in bürgerlichen Kreisen sozial-politisch tätig zu sein. Das wollen wir ihm hoch anrechnen. Sein Buch „Die Arbeiterfrage“ wird in der sozialpolitischen Literatur weiterleben.

Kern der Wirtschaftspolitik. Im Wirtschaftsbericht Nr. 5 der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt befindet sich folgender Satz: „Weltgehende, nicht erfolgslose Anstrengungen, eine Kostenminderung des wirtschaftlichen Apparats zu erreichen, unter gleichzeitiger verbilligender Anpassung der Lagerhaltung an die vorliegende Ge-schäftseinschränkung, haben noch keine ausreichende Rentab-ilität zu bringen vermocht, weil sich der Niedgang des Absatzes von der Verbraucherseite her vollzieht.“ In diesem Satz kommt eine wirtschaftliche Wahrheit zum Ausdruck, die geistlich übersehen wird. Was nützen alle Kosten-senkungen, was helfen alle Einschränkungen in der Lager-haltung, wozu alle Anstrengungen, den Warenabbau zu steigern, wenn nach Durchföhierung aller dieser Dinge der Verbraucher infolge geschwächter Kaufkraft nicht in der Lage ist, als Käufer in Erscheinung zu treten. Die Gewerkschaften sind angegriffen worden, weil sie die Kaufkraft-stärkung als den entscheidenden Wirtschaftsfaktor in den Vordergrund stellten. Und doch ist die Erhaltung einer Wirtschaft und die Überwindung der Krise ohne die Ver-wirklichung dieser Tatsache unmöglich. Im kapitalistischen System wird viel zu sehr das Gewicht auf die Kostenfrage im Produktionsprozeß gelegt. Die Lohn- oder Gehalts-summen werden als Unkosten im Produktionsprozeß an-gesehen und treten in den Gehaltsbüchern nur als solche in Erscheinung. Von der Raktulation aus gesehen, mag dies nicht zu ändern sein. Aber sobald man die Dinge wirt-schaftspolitisch betrachtet, kommt man zu der Frage: Welchen Sinn hat alle Wirtschaft, wenn die Produkte keinen Absatz finden und der ganze Aufwand an Arbeits-kraft und Kosten in der Produktion unwirtschaftlich ist? Deshalb wird die Wirtschaft nicht eher gelunden, bis der Verbraucher in die Lage versetzt wird, die mit Einsatz der Kostentragung erzeugten Produkte zu erwerben. Da in Deutschland die Bevölkerung zu 60 Proz. aus Arbeitern, Angestellten und Beamten besteht, ist die Massenkaufkraft im Wirtschaftsprozeß das Entscheidende.

Regierungskrise und Bodenpreis. Die jegliche Regierungskrise in Deutschland hat verschiedene Ursachen. Neben dem reaktionären Zug, der durch das deutsche Volk geht, und der alle dunklen Kräfte zum entscheidenden Salsag mobilisiert, spielen eine Reihe Spezialfragen und Forderungen eine Rolle. Der energische Vorstoß der ostelbischen Großgrundbesitzer gegen die Regierung Brünling ging um das Siedungsprogramm. Selten war eine so landwirtschafts-freundliche Regierung am Ruder als die verflossene. Mittels der Jollpolitik hat sie die Preise für landwirtschaft-liche Produkte weit über den Stand des Weltmarktes getrieben. Daneben hat sie eine Subventionspolitik ein-geleitet, die Milliarden gekostet hat. Wie ist nun der neue Vorstoß der Großgrundbesitzer zu erklären? Wie überall hat die Krise auch in Deutschland eine Entwertung des Bodens mit sich gebracht. Für landwirtschaftliche Grundstücke im Osten werden geringe Preise geboten. Die Stüfung der landwirtschaftlichen Großbetriebe mit öffentlichen Mitteln war auf die Dauer nicht zu verantworten. Trotz aller Stüfungsmahmaßnahmen wurden andauernd bankrotte Güter freigegeben. Die Regierung Brünling hatte nun vor, die Siedungspolitik etwas großzügiger zu betreiben und die zusammengekauften Großbetriebe des Ostens mit Bauern-söhnen und Landarbeitern zu besiedeln. Der Preis, der den Besitzern für Grund und Boden bezahlt werden sollte, sollte sich dem Marktpreis anpassen. Dagegen richtete sich der Sturm der Großgrundbesitzer. Es sollte nicht der auf dem Markt erzielbare Preis, sondern der sogenannte Einheits-wert zur Grundlage der Entschädigung gemacht werden. Die Junker wollten also aus der Siedlung ein Geschäft machen. Sie wollten aus den Mitteln der Allgemeinheit für ihre zusammengebrochenen Mäntchen so viel heraus-ziehen, daß sie davon gut leben können. Und weil die Regierung Brünling diesen Wünschen sich nicht so ohne weiteres geneigt zeigte, schlängelte man sich an den Reichspräsidenten heran. Dieser ist selbst Großgrundbesitzer und aus dem Willen dieser Volkskaste hervor-gegangen. Die Regierungskrise ist also zu einem Teil ein Kampf um die Bodenpreise des agrarischen Ostens. Das Siedungsprogramm soll aufgehoben werden oder, wenn es forsg-geführt wird, dann soll es nur so gelunden, daß die Groß-grundbesitzer einen tüchtigen Schaden an Entschädigung erhalten. Daß dadurch eine Siedungspolitik auf billiger

